

2. Voraussetzungen für eine neue Sicht auf den europäischen Liberalismus

2.1 Das heutige Empfinden politischer Alternativlosigkeit

Das bestehende Gesellschaftsmodell der Staaten Europas gilt mit seinen vielen Varianten von Schweden bis Italien, von Großbritannien bis Griechenland als der einzig mögliche Weg in eine freie Gesellschaft. Nachdem es so schien, als ob auch die osteuropäischen Staaten durch die »nachholende Revolution«¹ den Weg der westeuropäischen Staaten beschritten hätten, wurde sogar von einem »Ende der Geschichte« gesprochen.² Doch mit der Ausbreitung des von Karl R. Popper (1902–1994) formulierten Modells der »offenen Gesellschaft« hat sich auch ihre Perspektivlosigkeit verallgemeinert.³ Auf dem Höhepunkt des machtpolitischen Erfolgs der offenen Gesellschaft scheinen immer weniger Menschen von der Zukunftsfähigkeit des libera-

1 Über die ehemals sozialistischen Staaten, mit Ausnahme der Sowjetunion, heißt es bei Jürgen Habermas: »Trotz der Vielfalt der Erscheinungsformen läßt sich die Revolution in diesen Ländern an Ereignissen ablesen: die Revolution erzeugt ihre Daten. Sie gibt sich als eine gewissermaßen rückspulende Revolution zu erkennen, die den Weg frei macht, um versäumte Entwicklungen nachzuholen.« Jürgen Habermas: *Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?* in: Ders.: *Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII*, Frankfurt a.M. 1990, S. 180.

2 Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte*, München 1992.

3 Karl R. Popper: *Die offene Gesellschaft und Ihre Feinde*, 1945, 2 Bde, Tübingen 2003. Für eine weitgehend kritische Einschätzung der heutigen Bedeutung Poppers siehe Jürgen Große: »Der totalitäre Liberale«. *Was bleibt von Karl Raimund Popper?*, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Bd. 73, H. 7, 2019, S. 83–93. Große schreibt, Poppers Liberalismus habe sich »totgesiegt«. (S. 90) Zwar habe der »Zusammenbruch des Ostblocks« Poppers »Freiheitspavlos« bestätigt; doch sei es aufgrund dessen »intellektuell kaum noch herausfordernd«. Das Modell der offenen Gesellschaft habe sich durch seinen »schier unaufhaltsamen Siegeszug« zum »Kontinent geistiger Sättigung« entwickelt (S. 83). Zu einer völlig anderen Einschätzung in Bezug auf die Entwicklung der ehemals sozialistischen Staaten kommen Ivan Krastev und Stephen Holmes in ihrem Buch *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin 2019. Sie argumentieren, fast drei Jahrzehnte lang habe man den ehemals sozialistischen Staaten geraten, wo nicht befohlen, die politische Struktur des Westens, also den Liberalismus, nachzuahmen. Inzwischen habe sich jedoch erwiesen, dass das Leben der »Imitatoren« zunehmend

len Rechtsstaats überzeugt zu sein. Es gibt immer mehr Zweifel an der Möglichkeit einer auf demokratische Weise gewählten und einer individuell entworfenen Zukunft.⁴

So enorm die Veränderungen für den Einzelnen unter dem Regime der Globalisierung auch sein mögen, die politischen Rahmenbedingungen, die ebendiese Dynamik erst möglich machten, scheinen keiner demokratischen Reform zugänglich zu sein. Die Unbeweglichkeit der demokratisch legitimierten Regierungen gegenüber den gewaltigen ökonomischen und ökologischen Problemen erinnert an die doch überwunden geglaubte Starrheit der Planwirtschaft. Eine unerwartete Aktualität bekommt daher jene prinzipielle Einschätzung, die Walter Eucken nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft über weite Teile Europas äußerte:

»Die Lenkungsmethoden der freien Wirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sind gescheitert. [...] Kapitalismus und Sozialismus bekämpfen sich in der Doktrin, de facto gehen sie ineinander über.«⁵

Der Verlust an Zukunft ist mit einem Verschwinden des Bewusstseins für das Geschehen der Vergangenheit verbunden. Obwohl sich heute die Vertreter sämtlicher demokratischer Parteien und sämtlicher Interessengruppen fortgesetzt auf Menschenrechte, parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und freie oder soziale Marktwirtschaft berufen, ist das konkrete Wissen der

von Gefühlen der Unzulänglichkeit, der Minderwertigkeit und des Verlusts der eigenen Identität beherrscht werde.

- 4 Der Soziologe Ulrich Beck (1944–2015) hingegen meinte Mitte der 1990er Jahre, zumindest in den Ländern des westlichen Europas und besonders bei den ab Mitte der 1960er Jahre Geborenen, eine zunehmende »Individualisierung« der Lebensweisen feststellen zu können. Mehr und mehr hätten die »Kinder der Freiheit« die Chance, ihren Alltag – »wenn es gutgeht«, so Beck – in der »Kultur eines rechtlich sanktionierten Individualismus für alle« zu führen. Ist es schon aufgrund der durch die Weltfinanzkrise der Jahre von 2007 bis 2009 stark gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien, Italien und Griechenland äußerst fraglich, ob der Verteilungskampf um Materielles wirklich einem solchen um Immaterielles wie Muße und Selbstbestimmung gewichen ist, so gilt dieser Wandel sicher nicht für die Staaten außerhalb der Europäischen Union. Dort hat sich kein Individualismus, sondern eine neue Form des Kollektivismus ausgebreitet; dort ist die Mehrheit der Menschen weitestgehend von der Möglichkeit ausgeschlossen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Übrigens sind selbst die Gewinner der Modernisierung, auch im Zuge dessen, was »Selbstoptimierung« genannt wird, mehr oder minder freiwillig einem Diktat von Pflichten unterworfen, die von niemandem mehr formuliert werden müssen, weil sie aus der Sozio- wie der Technostruktur der Weltgesellschaft unentrinnbar hervorzugehen scheinen. Ulrich Beck: *Kinder der Freiheit. Wider das Lamento über den Werteverfall*, in: Ders. (Hg.): *Kinder der Freiheit*, Frankfurt a.M. 1997, S. 9–33, Zitat S. 11.

- 5 Walter Eucken: *Konzernentflechtung und Kartellauflösung*, Freiburg i.Br. 1947, unveröffentlichtes Gutachten des Comité d'Etudes Economiques im Walter-Eucken-Archiv, Frankfurt a.M.

Allgemeinheit über die Ursprünge der gesellschaftlichen Errungenschaften der demokratischen Moderne nur noch rudimentär. Die geschichtslose Fortschrittsgläubigkeit entpuppt sich als Hoffnungslosigkeit. Von dieser Lähmung zeugt auch das hilflose Festhalten an einer imaginären Mitte der Gesellschaft, so als würde ein solches Zentrum noch Stabilität in einer immer unsicherer werdenden Weltgesellschaft garantieren.⁶ Soziologen beschwören eine solche Mitte als Wegweiser der Demokratie im Zeitalter der »Zweiten Moderne«; Anthony Giddens' Plädoyer für einen »Dritten Weg« passt in diese Denkrichtung.⁷

Die von etwa zwanzig renommierten Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen sowie Praktikern der Politik und Ökonomie zu Beginn der 1990er Jahre gegründete Gruppe von Lissabon hatte sich schon 1995 mit einer Studie unter dem Titel *Die Grenzen des Wettbewerbs* an die Öffentlichkeit gewandt und dabei vor einem weltweiten Niedergang der Demokratie durch die Globalisierung der Wirtschaft gewarnt. Um diesem gefährlichen Prozess Einhalt zu gebieten, so die Gruppe von Lissabon, müssten vier globale Kontrakte geschlossen werden: erstens ein »Grundbedürfnisvertrag« zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit; zweitens ein »Kulturvertrag« zur Förderung von Toleranz und Dialog zwischen den Kulturen; drittens ein »Demokratievertrag« zur Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten; viertens ein »Erdvertrag« zur Bewahrung und Entwicklung natürlicher Ressourcen. Weltweit sollten demnach Vertreter von Regierungen und Nicht-Regierungs-Organisationen, von Unternehmen und Gewerkschaften in institutionalisierter Form Kompromisse finden.⁸

Zu fragen bleibt: Läuft dieser Vorschlag nicht letzten Endes darauf hinaus, sich mit der Macht der global aktiven Konzerne zu arrangieren? Wenn selbst kritische Wissenschaftler nicht mehr den Mut haben, die Macht der sogenannten »global player« von Grund auf in Frage zu stellen, so ist dies ein Ausdruck der allgemeinen Stimmung. Nichts wird ernsthaft auch nur erwogen, was nicht als Schnittmenge gemeinsamer Interessen mit den Zentren ökonomischer und politischer Macht gelten kann.

Paradoxerweise ist deshalb mit dem nach 1989 Wirklichkeit gewordenen freien Europa die Vorstellung verbunden, dass es nun im Grunde keiner weiteren po-

6 Zur mangelnden demokratischen und liberalen Basis der politischen Mitte siehe Walter Oswalt: *Einleitung*, in: Martina Kirfel, Walter Oswalt (Hg.): *Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa*, mit einem Vorwort von Robert Jungk, Wien und Zürich 1989, S. 10–27.

7 Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, 1994, Frankfurt a.M. 1997, und Ders.: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, 1998, Frankfurt a.M. 1999.

8 Die Gruppe von Lissabon (= João Caraça u.a.A.): *Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit*, mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker, München 1997, S. 169–192.

litischen Ideale bedürfe. Demokratie soll es geben, aber bitte nur alle vier Jahre. Rechts- und Sozialstaat soll es geben, aber bitte nur so weit wie es die einzelnen Staaten nicht als Wirtschaftsstandorte gefährdet. Gleichheit soll es geben, aber bitte nur in den formalen Rechten des harten Verfassungsrechts. Soziale und demokratische Grundrechte hingegen gelten bloß als weiche Rechte, die je nach ökonomischer oder politischer Konjunktur erweitert oder gestrichen werden können. – Das Beharren auf diesem Status quo gleicht einer Lähmung: Die Folge ist, dass sich in Europa eine von breiten Schichten unterstützte Tendenz zum Abbau von Demokratie entwickelt. Die Überzeugungskraft der »offenen Gesellschaft« scheint zunehmend nachzulassen; es droht der Rückfall in Staatsformen mit aufgeweichter Gewaltenteilung oder Zügen einer Diktatur.

Die Gesellschaftswissenschaften, sofern sie überhaupt eine kritische Distanz zum bestehenden Kapitalismus wahren, stecken ideologisch in der Defensive. Sie haben derzeit wenig zu bieten. Unter den renommierten Ökonomen Europas gibt es kaum einen, der noch behaupten würde, dass Konzepte der Sozialisierung wirtschaftliche Probleme lösen und soziale Gerechtigkeit schaffen können.

Auch die stärker der Marktgesellschaft verpflichteten Sozialwissenschaftler können wenig zukunftsweisende Erfolge verzeichnen. Das Scheitern der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank in der sogenannten »Dritten Welt« zeigt, dass die Reduktion von aufgeblähten Staatsbürokratien und die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen die Armut der breiten Bevölkerung nicht verhindern.⁹

Auch in den reichen Industrieländern führt das stetig wachsende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Reich und Arm sowie die zunehmende Wahrnehmung mangelnder materieller Gerechtigkeit zu einem starken Machtgefälle innerhalb der Gesellschaften, sodass der liberale Kernbestand, die Geltung der Grundrechte als Abwehrrechte, gefährdet wird.¹⁰ Es entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, wir

9 Giovanni Andrea Cornia (u.a.Hg.): *Adjustment with a Human Face*, Bd. 2 *Ten Country Case Studies*, Oxford 1988. Zur Problematik makroökonomischer Transformationsstrategie liegen Studien des United Nations International Children's Emergency Fund (UNICEF) vor. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen stellte fest, trotz Anleitung und Beratung durch IWF und Weltbank habe sich in unterschiedlichsten Ländern der sogenannten »Dritten Welt« die Lage in Bezug auf Nahrung, Krankheit und Bildung erheblich verschlechtert. Zu diesen Staaten zählen laut UNICEF einerseits Brasilien und Sri Lanka, deren Wirtschaft deutlich wuchs, andererseits Jamaika und die Philippinen, deren Haushalts- und Handelsbilanzdefizit deutlich schrumpfte. Andere Studien belegen die rasche Vernichtung des ökologischen Kapitals in solchen Ländern, die ihre ökonomische Struktur dem Weltmarkt anpassen wollen.

10 Monika Frommel, Volkmar Gessner (Hg.): *Normenerosion* (=Winfried Hassemer u.a.Hg.: *Schriften der Vereinigung für Rechtssoziologie*, Bd. 22), Baden-Baden 1996, Aufsatz Martin Morlock, S. 115–133, Aufsatz Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, S. 163–177, Aufsatz Susanne Karstedt, S. 179–206 – Martin Führ: *Wie souverän ist der Souverän? Technische Normen in demokratischer Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1994, S. 38–42 – Christof Lindwurm: *Macht und Umwelt. Eine Recht-*

seien der geschichtlichen Entwicklung ohne Alternative ausgeliefert. – Dieses Buch hingegen setzt voraus, dass es eine Alternative gibt. Sie kann systematisch bestimmt und in der Geschichte der politischen Ideen und sozialen Bewegungen nachgewiesen und beschrieben werden.

2.2 Systematische Analyse und historische Rekonstruktion als zwei Wege zu einer alternativen Gesellschaftsordnung

Die systematische Analyse kann an der Bestimmung der Ursachen ansetzen, die für die Krise der herrschenden Strömungen der politischen Ökonomie verantwortlich sind. Das Modell Sozialstaat stößt an unüberwindbare Grenzen, nicht weil es zu viel, sondern weil es zu wenig will. Der Sozialstaat hat sich darauf beschränkt, die sozialen Härten zu bekämpfen, die sich aus den ungleichen Machtverhältnissen ergeben. Der liberale Weg aber ist nicht, wie es oft heißt, durch ein Übermaß an Individualismus und Freiheit unsozial geworden, sondern durch einen Mangel theoretischer Konsequenz und praktischen Engagements für die individuellen Freiheitsrechte. So wird zum Beispiel durch die neoliberale Politik der reichen Länder Armut in der sogenannten »Dritten Welt« produziert, weil dort Hunderten von Millionen Menschen die Freiheit verwehrt wird, als Kleinunternehmer am Handel auf den nur vermeintlich offenen Weltmärkten teilzunehmen.¹¹

Nimmt man die Defizite der politisch dominanten Traditionen innerhalb der demokratischen Moderne ernsthaft und genau zur Kenntnis, dann stellt sich eine Reihe einfacher Fragen: Welche Lösungen für welche Probleme bieten sich dem, der die aufklärerischen Impulse dieser Strömungen konsequent weiterdenkt? – Welche Perspektiven politischen Handelns erscheinen, wenn aus der Machtkritik des demokratischen Sozialismus eine Politik umfassender Bekämpfung von Macht wird? – Was lässt sich für die Beseitigung von Armut erreichen, wenn der Wirtschaftsliberalismus beim Wort genommen und tatsächlich Marktfreiheit für jedermann gefordert wird? – Welche Chancen zur Demokratisierung der Gesellschaft eröffnen sich, wenn das liberale Prinzip der Trennung von Staat und Wirtschaft und das des Primats der Politik konsequent zur Anwendung kommen? Dann müsste wohl jede Akkumulation von Kapital, die so groß ist, dass sie zur politischen Macht wird, per Gesetz verboten werden. Die Prinzipien des klassischen Liberalismus – nimmt man sie

statsachenforschung zu umweltschutzrechtlichen Entscheidungsprozessen (= Winfried Hassemer u. a. Hg.: *Schriften der Vereinigung für Rechtssoziologie*, Bd. 18), Baden-Baden 1993, S. 159–189.

11 Astrid Engel (u. a. A.): *Die Ergebnisse der Gatt-Uruguay-Runde im Agrarbereich und ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer*, in: AgrarBündnis e.V. (Hg.): *Landwirtschaft 95. Der kritische Agrarbericht. Daten, Berichte, Hintergründe, Positionen zur Agrardebatte*, Bonn und Rheda-Wiedenbrück 1995, S. 68–81 – Stephan Lessenich: *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben*, München 2018.